



IAB-Betriebspanel – Beschäftigung in der Krise.

Ausgewählte Ergebnisse der nordrhein-
westfälischen Stichprobe der
Arbeitgeberbefragung 2009.



EUROPÄISCHE UNION

Europäischer Sozialfonds

www.mags.nrw.de

IAB-Betriebspanel

Beschäftigung in der Krise

Ausgewählte Ergebnisse der nordrhein-westfälischen Stichprobe der Arbeitgeberbefragung 2009

- Kurzbericht -

Inhaltsverzeichnis

1	Vorbemerkungen.....	1
2	Beschäftigungsentwicklung	2
3	Einstellungen und Abgänge.....	4
3.1	Personaleinstellungen	4
3.2	Personalabgänge	9
4	Einsatz von Kurzarbeit in der Krise.....	10
4.1	Verbreitung von Kurzarbeit.....	10
4.2	Kurzarbeit und Qualifizierung	13
5	Exportorientierung.....	14
6	Kreditklemme	15
7	Zusammenfassung	16

1 Vorbemerkungen

Mit den jüngsten Daten der nordrhein-westfälischen Stichprobe der jährlich durchgeführten Arbeitgeberbefragung „IAB-Betriebspanel“ werden auf repräsentativer Basis Ergebnisse zu den Auswirkungen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise analysiert. Im Mittelpunkt steht hierbei die Frage, wie Betriebe beschäftigungspolitisch in einem solch schwierigen wirtschaftlichen Umfeld agieren. Im vorliegenden Ergebnisbericht werden hierzu ausgewählte Ergebnisse der Befragung vorgestellt.¹

Für die Befragungswelle des Jahres 2009 liegen für NRW verwertbare Interviews von insgesamt rund 1.500 Betrieben vor (bundesweit: ca. 16.000). Diese Betriebe sind repräsentativ für die Gesamtheit der rund 400.000 Betriebe in NRW mit mindestens einem sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Damit bildet das IAB-Betriebspanel die Betriebslandschaft wesentlich exakter ab als andere betriebsbezogene Datenquellen und Statistiken, die sich vielfach nur auf ausgewählte Bereiche der Wirtschaft oder auf Betriebe ab einer bestimmten Größe beschränken.

Die Befragung wurde im 3. Quartal des Jahres 2009 durchgeführt. Stichtag für die Bestandsgrößen der Beschäftigung ist jeweils der 30.6.; Stromgrößen der Beschäftigung wie beispielsweise Einstellungen oder Personalabgänge beziehen sich aus befragungstechnischen Gründen jeweils auf das erste Halbjahr des Erhebungsjahres.

Als „Betrieb“ wird die örtliche Einheit eines Unternehmens verstanden, in dem die Produktion von Gütern oder Dienstleistungen tatsächlich durchgeführt wird. Befragte Einheit ist in der Regel die durch die Betriebsnummer definierte betriebliche Einheit, die im Rahmen der Meldepflicht zur Sozialversicherung von der Bundesagentur für Arbeit vergeben wird. Es werden nur Betriebe befragt, die mindestens einen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten aufweisen.

Als „Beschäftigte“ werden im IAB-Betriebspanel alle Personen angesehen, die einer Erwerbstätigkeit nachgehen und zwar unabhängig von der Dauer der tatsächlich geleisteten oder vertragsmäßig zu leistenden wöchentlichen Arbeitszeit, unabhängig davon, ob sie eine sozialversicherungspflichtige oder eine nicht sozialversicherungspflichtige Tätigkeit ausüben, und unabhängig von ihrer Stellung im Beruf. Im IAB-Betriebspanel werden als

¹ Eine ausführlichere sowie weitere Aspekte der Befragung behandelnde Darstellung erfolgt in einem separaten Gesamtbericht.

Beschäftigte also z. B. auch Beamte, tätige Inhaber oder mithelfende Familienangehörige erfasst.

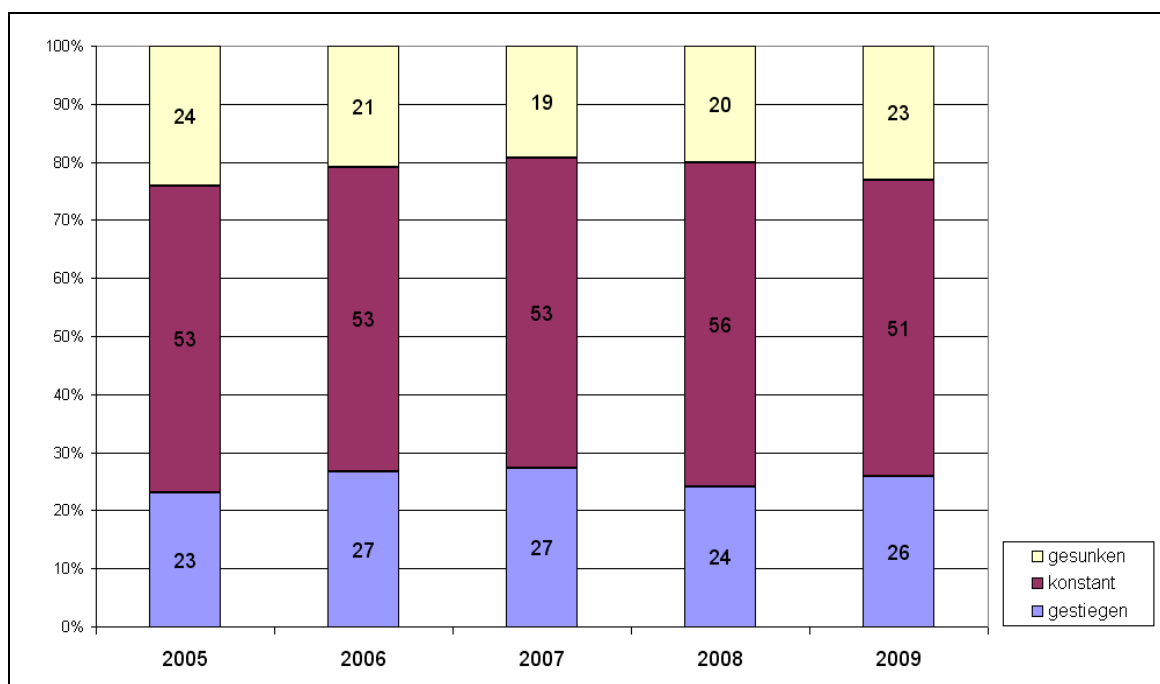
Da es sich um eine mehrfach disproportional geschichtete Stichprobe handelt, werden die Daten für die Analysen gewichtet und auf die Anzahl der Betriebe in der Grundgesamtheit hochgerechnet. Alle im nachfolgenden Text ausgewiesenen Angaben beruhen auf dieser Hochrechnung.

2 Beschäftigungsentwicklung

Beschäftigung trotz der Krise

Nach drei Jahren konjunkturellen Aufschwungs führte die globale Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2009 zu einem für die Bundesrepublik bislang einmaligen Rückgang der wirtschaftlichen Leistung. Angesichts dieser Entwicklung, welche sich bereits vor dem Ausbruch der Krise andeutete, fallen die Beschäftigungseffekte überraschend moderat aus. Die aktuellen Befunde des IAB-Betriebspanels zeigen zudem ein höchst differenziertes Bild, dass dem in der öffentlichen Diskussion erweckten Anschein einer flächendeckenden Krise teilweise widerspricht. Zwar ist die Zahl der Beschäftigten im Zeitraum vom 30.6.2008 bis 30.6.2009 in fast jedem 4. Betrieb gesunken, womit in deutlich mehr Betrieben Personal abgebaut wurde als noch in den vorangegangenen Jahren. In ebenso vielen bzw. sogar etwas mehr Betrieben ist die Zahl der Beschäftigten jedoch gestiegen. In den übrigen Betrieben blieb die Zahl der Arbeitsplätze stabil. Von der Krise sind die Betriebe folglich in unterschiedlichem Maße betroffen (vgl. Abbildung 1).

Abbildung 1: Entwicklung des Beschäftigtenbestandes (jew. Veränderung ggü. 30.6. des Vorjahres)



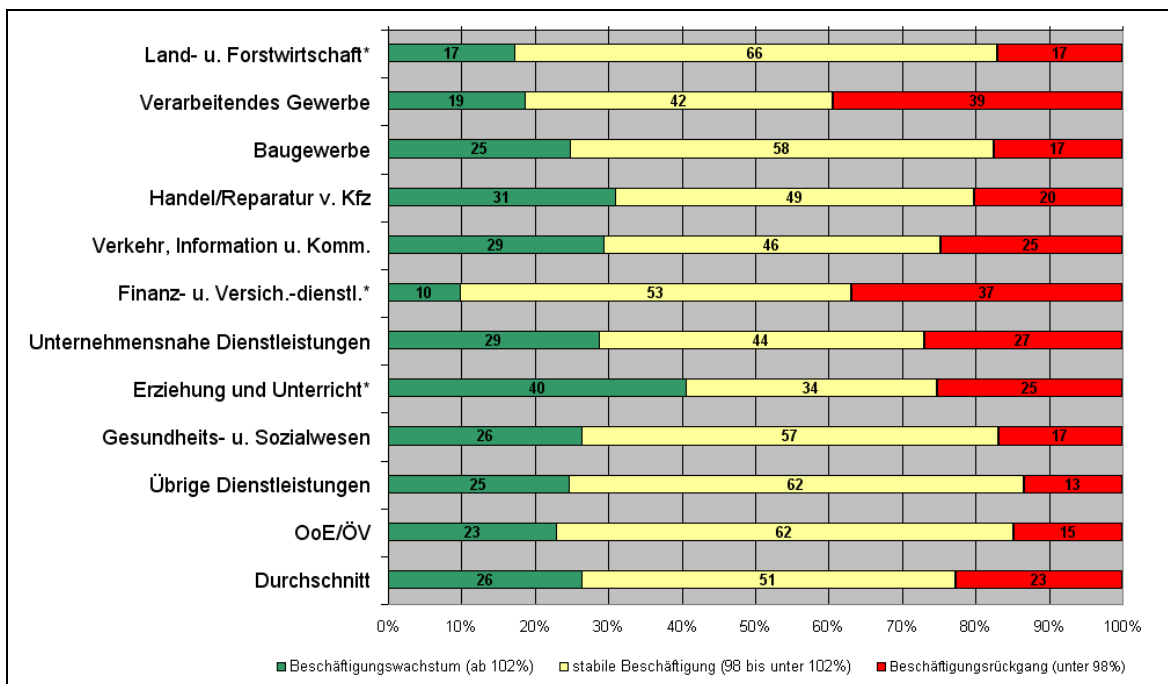
Die angesichts der Krise erstaunlich geringe Zahl von Betrieben, die Personal abbauen mussten, führte dazu, dass die Effekte auf den Beschäftigtenbestand nur minimal ausfielen. Mit rund 7,3 Mio. Beschäftigten im Jahr 2009 (30.6.) ist es gelungen, das vergleichsweise hohe Beschäftigungsniveau des Vorjahres trotz Krise annähernd zu halten. Wie die folgenden Ausführungen zeigen werden, verbergen sich hinter dieser scheinbaren Konstanz jedoch ganz unterschiedliche Entwicklungen auf der Branchenebene.

Branchen unterschiedlich stark von Krise betroffen

Es wurde gezeigt, dass die Zahl der Betriebe mit Beschäftigungswachstum auch im Krisenjahr jene mit Beschäftigungsabbau überstieg. Die Betrachtung der Beschäftigungsentwicklung auf Branchenebene zeigt allerdings, dass dies nur für einen Teil der Wirtschaft gilt. Positiv entwickelt hat sich beispielsweise der Bereich der Übrigen Dienstleistungen (u.a. Hotel- und Gaststättengewerbe, Friseur/Kosmetik, Reinigung). Hier haben 25 % der Betriebe die Zahl ihrer Beschäftigten erhöht. Lediglich in 13 % der Betriebe dieser Branche wurden Arbeitsplätze abgebaut. Auf einen Betrieb mit Beschäftigungsabbau kamen somit 1,8 Betriebe mit Aufbau. Ähnliche Relationen weisen das Gesundheits- und Sozialwesen sowie die Branche Erziehung und Unterricht auf. Auch im Handel gab es deutlich mehr Betriebe mit positiver als mit negativer Beschäftigungsentwicklung. In vielen Branchen gab es somit trotz der Krise deutlich mehr Betriebe mit neu geschaffenen Arbeitsplätzen, als Betriebe, in denen Beschäftigung abgebaut wurde.

Im Gegensatz zu den genannten Branchen fiel die Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe und im Bereich der Finanz- und Versicherungsdienstleistungen auffallend negativ aus. Anders als in den übrigen Branchen überstieg hier die Zahl von Betrieben mit Personalabbau die Zahl von Betrieben mit Personalaufbau. Im Verarbeitenden Gewerbe kamen auf einen Betrieb mit Beschäftigungsaufbau zwei Betriebe mit Abbau. Noch ungünstiger fiel das Verhältnis in Finanzgewerbe aus, wo lediglich 10 % der Betriebe Beschäftigung aufbauten, aber 37 % ihren Beschäftigtenbestand reduzierten (vgl. Abbildung 2).

Abbildung 2: Beschäftigungsentwicklung nach Branchen (30.6.2008 bis 30.6.2009)



* In den gekennzeichneten Branchen sind die Werte wegen geringer Fallzahlen mit einer gewissen statistischen Fehlertoleranz behaftet. Sie sind daher nur eingeschränkt interpretierbar.

Beschäftigungsverluste im Verarbeitenden Gewerbe nahezu kompensiert durch Beschäftigungsaufbau bei personenbezogenen Dienstleistungen

Bei einer Saldierung der Beschäftigungsveränderungen in den Betrieben mit positiver und mit negativer Beschäftigungsentwicklung zeigt sich folgendes Bild. Verluste mussten vor allem jene Branchen hinnehmen, in denen die Zahl der Betriebe mit Beschäftigungsaufbau niedriger ausfiel als die Zahl der Betriebe mit Beschäftigungsabbau, wie z.B. im Verarbeitenden Gewerbe. Nachdem das Verarbeitende Gewerbe zuletzt zweimal in Folge mehr neue Arbeitsplätze auf- als abbauen konnte, mussten im Jahr 2009 erstmals wieder Beschäftigungsverluste gegenüber dem Vorjahr hingenommen werden. Mit -4 % fielen

diese Verluste zudem sehr deutlich aus. Insgesamt entfallen auf das Verarbeitende Gewerbe, mit rund 1,5 Mio. Beschäftigten nach wie vor größter Arbeitgeber in NRW, mehr als die Hälfte (55 %) aller innerhalb der letzten 12 Monate verloren gegangenen Arbeitsplätze in NRW. Das ist mehr als doppelt so hoch wie der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an allen Beschäftigten (21 %). Auch der Bereich der Unternehmensnahen Dienstleistungen (u.a. Arbeitnehmerüberlassung) musste in größerem Umfang Arbeitsplätze abbauen. Wenngleich hier wie weiter oben ausgeführt mehr Betriebe ihre Beschäftigung steigern konnten als Betriebe Beschäftigung abgebaut haben, hat auch diese Branche im Saldo Arbeitsplätze verloren. Die neu gewonnenen Arbeitsplätze in den wachsenden Betrieben konnten die verloren gegangenen Arbeitsplätze in den schrumpfenden Betrieben somit nicht kompensieren.

In allen anderen Branchen, in denen die Zahl der Betriebe mit Beschäftigungsaufbau die Zahl der Betriebe mit Beschäftigungsabbau überstieg, wie z.B. im Bereich der Übrigen Dienstleistungen und dem Gesundheits- und Sozialwesen, ist die Zahl der Beschäftigten demgegenüber gewachsen (2 bis 4 %). Die im Gesundheits- und Sozialwesen neu entstandenen Arbeitsplätze machen fast ein Viertel der insgesamt neu entstandenen Beschäftigung im letzten Jahr aus. Das Gesundheits- und Sozialwesen war damit wie bereits in den letzten Jahren eine der wesentlichen Stützen für die Schaffung neuer Arbeitsplätze in NRW. Der Aufbau neuer Arbeitsplätze im Bereich personenbezogener Dienstleistungen, wie z.B. im Gesundheitswesen hat in hohem Maße dazu beigetragen, die krisenbedingten Beschäftigungsverluste im Verarbeitenden Gewerbe und im Bereich der Unternehmensnahen Dienstleistungen annähernd zu kompensieren.

3 Einstellungen und Abgänge

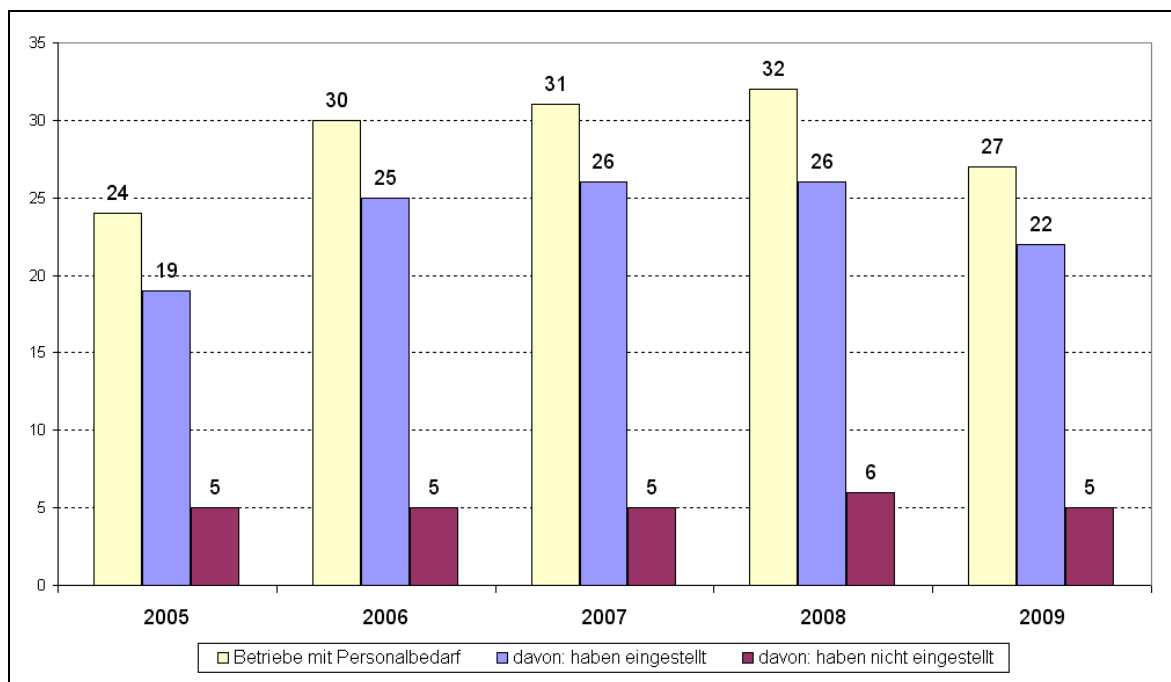
3.1 Personaleinstellungen

Einstellungsbereitschaft deutlich gesunken

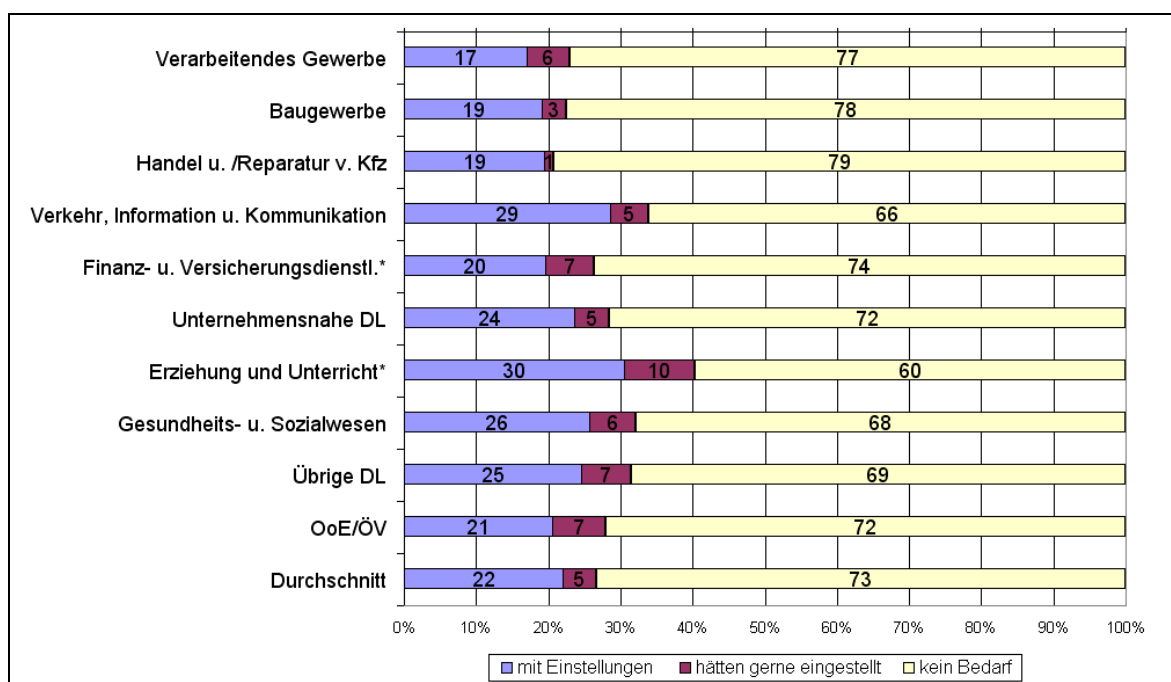
Die Einstellungsbereitschaft der nordrhein-westfälischen Arbeitgeber hat sich im Zuge der Krise merklich verringert. Nur noch 27 % der Betriebe hatten im ersten Halbjahr 2009 die Absicht, neues Personal einzustellen.² Im vorangegangenen Jahr war der Anteil mit 32 % noch deutlich höher. Damit fiel der Rückgang höher aus als im Durchschnitt der übrigen westdeutschen Bundesländer. Tatsächlich eingestellt haben 22 % aller Betriebe in NRW (Westdeutschland ohne NRW: 24 %). Dies sind zwar deutlich weniger als im Jahr 2008, aber immer noch mehr als im Jahr 2005.

Rund 5 % aller Betriebe – das sind 17 % aller Betriebe mit Bedarf – stellten trotz Bedarfs nicht ein, da das Fehlen geeigneter Arbeitskräfte oder anderweitige Gründe eine erfolgreiche Stellenbesetzung verhinderten (vgl. Abbildung 3). Die große Mehrheit der einstellenden Betriebe konnte mit den vorgenommenen Einstellungen ihren Bedarf an Arbeitskräften vollständig decken (85 %). In den übrigen 15 % konnte der Bedarf nur teilweise gedeckt werden; ein Teil der angebotenen Stellen blieb unbesetzt.

² Während die weiter oben dargestellten Befunde zur Bestandsentwicklung aufgrund des betrachteten Zeitraums (30.6.2008-30.6.2009) auch Zeiten vor dem Ausbruch der Krise abbilden, repräsentieren die folgenden Ergebnisse zu Einstellungen und Abgängen jene Prozesse, die auf dem Höhepunkt der Krise vollzogen wurden.

Abbildung 3: Entwicklung des Personalbedarfs in NRW, 2005 bis 2009 (jew. 1. Halbjahr)

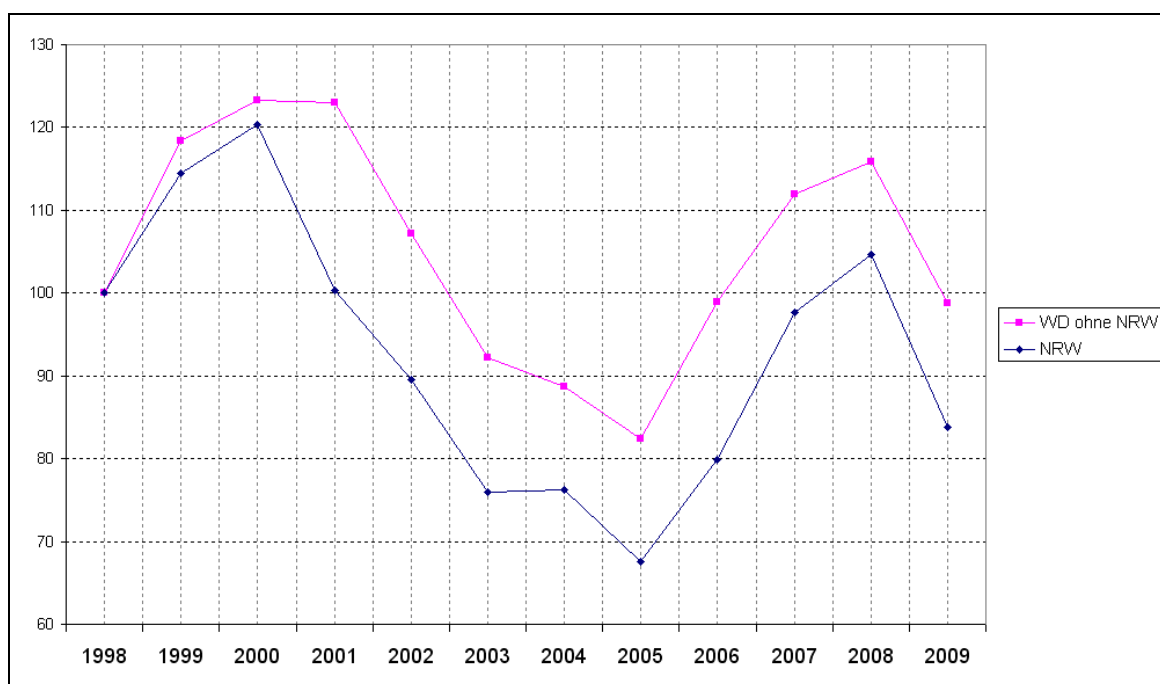
In den einzelnen Bereichen der Wirtschaft war die Einstellungsbereitschaft unterschiedlich stark ausgeprägt. Es fällt auf, dass in den einzelnen Dienstleistungsbranchen deutlich mehr Betriebe neues Personal einstellten als im Produzierenden Gewerbe. Im Verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe haben lediglich 17 bzw. 19 % Neueinstellungen vorgenommen. Mit Ausnahme des Handels war der Anteil einstellender Betriebe in allen anderen Branchen deutlich höher (vgl. Abbildung 4).

Abbildung 4: Einstellungsgeschehen in einzelnen Branchen (1. Halbjahr 2009)

Erstmals seit 3 Jahren wieder weniger Einstellungen als im Vorjahr

Die gesunkene Einstellungsbereitschaft blieb nicht ohne Folgen für die Zahl der neu eingestellten Arbeitskräfte. Mit hochgerechnet ca. 320 Tsd. Neueinstellungen wurden erstmals seit 3 Jahren wieder weniger Personen eingestellt als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. So lag der Umfang der Einstellungen in den Jahren 2006, 2007 und 2008 stets über dem Wert des jeweils vorangegangenen Jahres. Der jüngste Rückgang bei den vorgenommenen Einstellungen betrug in NRW rund 20 % und fiel damit deutlich stärker aus als im Durchschnitt der übrigen westdeutschen Bundesländer (Rückgang: 15 %). Die Zahl der Einstellungen ist damit in NRW zugleich unter das Ausgangsniveau des Jahres 1998 zurückgefallen. Im vorangegangenen Jahr lag die Zahl der Einstellungen noch deutlich über diesem Wert (vgl. Abbildung 5).

Abbildung 5: Entwicklung der Personaleinstellungen (jew. 1. Halbjahr, 1998=100)



In NRW hat sich die Krise somit stärker auf das Einstellungsgeschehen ausgewirkt als in anderen Bundesländern. Zwar wurde auch auf dem Höhepunkt der Krise neues Personal eingestellt, insbesondere in den Dienstleistungsbranchen. Der Personalbedarf der Betriebe fiel jedoch merklich kleiner aus als in den Vorjahren, was vermutlich nicht ohne Einfluss auf die künftige Entwicklung der Zahl der Beschäftigten bleiben wird. Es besteht das Risiko, dass durch die Krise ein Teil der in den letzten Jahren neu geschaffenen Arbeitsplätze wieder verloren geht.

NRW bei Einstellungsintensität unter dem Durchschnitt der anderen Bundesländer

Mit rund 19 % liegt der Anteil Nordrhein-Westfalens an allen Einstellungen in Deutschland unter dem Anteil des Landes an allen Beschäftigten, welcher 21 % beträgt. Insgesamt betrachtet war die Einstellungsintensität in Nordrhein-Westfalen damit weniger stark ausgeprägt als im Durchschnitt der übrigen Bundesländer.

Das Gros der im Beobachtungszeitraum erfolgten Einstellungen konzentrierte sich auf wenige beschäftigungsstarke Branchen. Stärkste Einzelbranche waren die Unternehmensnahen Dienstleistungen, auf die 30 % aller Einstellungen im 1. Halbjahr 2009 und damit mehr Einstellungen entfielen als in den beiden Branchen Handel und Reparatur (14 %) und Gesundheits- und Sozialwesen (13 %) zusammen, welche auf den Rängen zwei und drei folgen. Auf diese drei Branchen sowie die Übrigen Dienstleistungen (13 %)

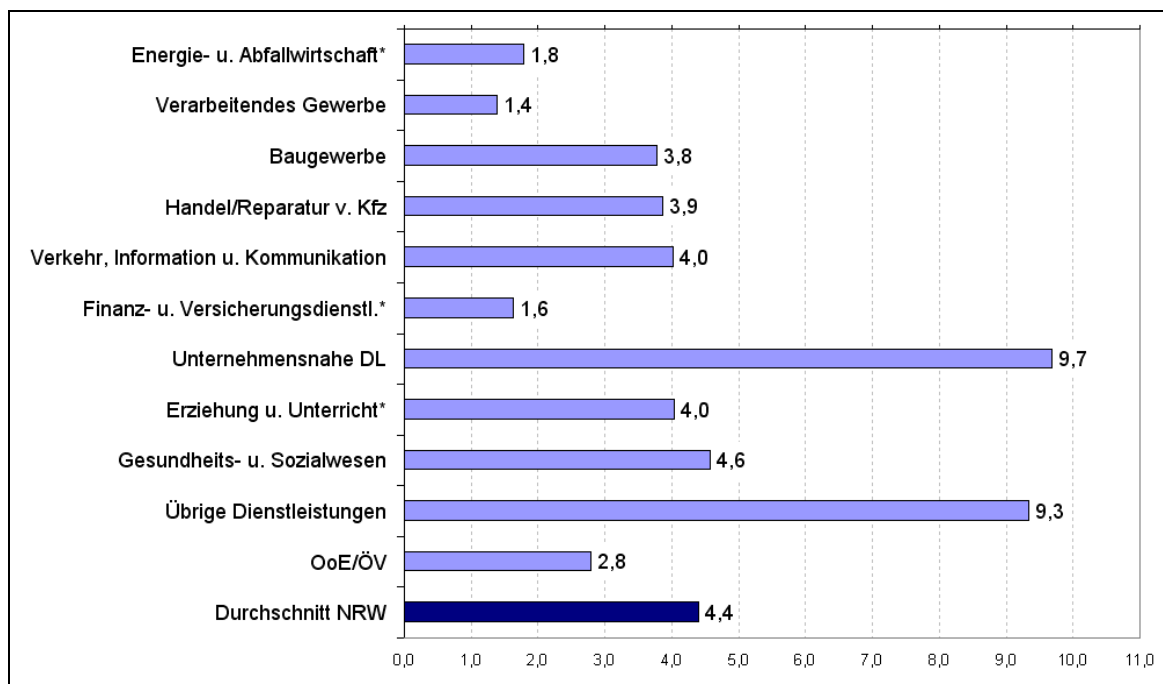
entfielen 70 % aller im ersten Halbjahr 2009 vorgenommenen Personaleinstellungen in NRW. Auf das Verarbeitende Gewerbe, in dem 21 % aller Beschäftigten tätig sind, entfielen nur 6 % aller im ersten Halbjahr 2009 vorgenommenen Einstellungen.

Einstellungsquote im Verarbeitenden Gewerbe auf Rekordtief

Für eine sinnvolle Einordnung der ermittelten Branchenanteilstwerte ist es erforderlich, die absolute Zahl der erfolgten Einstellungen ins Verhältnis zur Zahl der in der Branchen tätigen Beschäftigten zu setzen. Dies resultiert in einer sogenannten Einstellungsquote.³ Eine niedrige Quote zeigt an, dass die Zahl der erfolgten Einstellungen weniger stark ausfiel als bei Kenntnis der Zahl der in der Branche beschäftigten Arbeitnehmer zu erwarten gewesen wäre. Eine hohe Quote ist demgegenüber ein Indiz für überdurchschnittlich hohe Einstellungsaktivitäten. Im Durchschnitt aller Branchen beträgt die Einstellungsquote 4,4 %. Mit rund 5,0 % ist diese Quote für die übrigen westdeutschen Bundesländer etwas höher. In NRW wurden demnach vergleichsweise weniger neue Arbeitskräfte eingestellt als in anderen Bundesländern.

Die höchsten Einstellungsquoten wiesen die Unternehmensnahen und die Übrigen Dienstleistungen auf. Mit 9,7 bzw. 9,3 war die Einstellungsquote mehr als doppelt so hoch wie die durchschnittliche Quote für NRW. Damit wurden in beiden Branchen – gemessen an der Zahl der in diesen Branchen beschäftigten Personen – überdurchschnittlich viele Arbeitskräfte eingestellt. Die niedrigste Einstellungsquote wies das Verarbeitende Gewerbe auf, dem nach wie vor beschäftigungsstärksten Wirtschaftsbereich. Mit 1,4 % ist die Einstellungsquote im Verarbeitenden Gewerbe so niedrig wie in keiner anderen Branche in NRW (vgl. Abbildung 6).

Abbildung 6: Einstellungsquote in einzelnen Branchen (1. Halbjahr 2009)



* In den gekennzeichneten Branchen sind die Werte wegen geringer Fallzahlen mit einer gewissen statistischen Fehlertoleranz behaftet. Sie sind daher nur eingeschränkt interpretierbar.

Wenn man ebenso den Anteil der einzelnen Betriebsgrößenklassen an allen Einstellungen ins Verhältnis setzt zu ihrem Anteil an allen Beschäftigten, dann zeigt sich, dass kleine und mittelgroße Betriebe in etwas stärkerem, Kleinst- und Großbetriebe demgegenüber in etwas geringerem Maße eingestellt haben. In Klein- und Mittelbetrieben arbeiten

³ Einstellungsquote = Zahl der Einstellungen / Beschäftigte insgesamt * 100 %

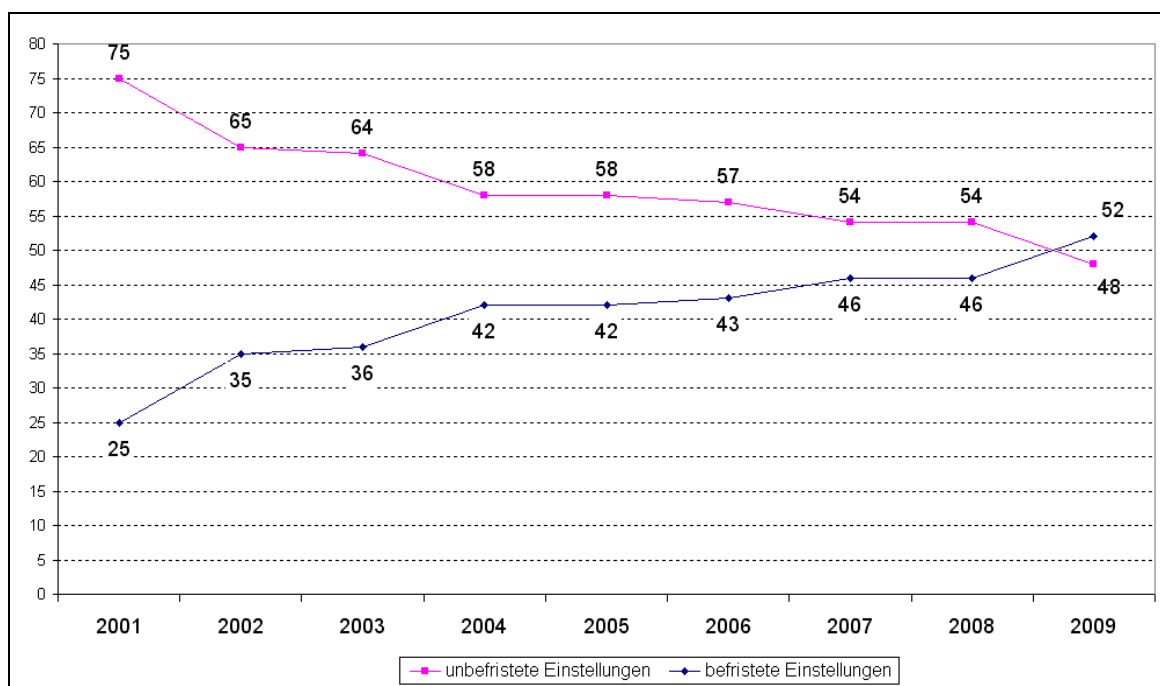
zusammen rund 50 % aller Beschäftigten Nordrhein-Westfalens. Auf Betriebe dieser beiden Größenklassen entfallen jedoch rund 59 % aller eingestellten Arbeitskräfte. Demgegenüber lag der Anteil der in Großbetrieben erfolgten Personaleinstellungen mit rund 26 % deutlich unter ihrem Anteil an der Gesamtzahl der Beschäftigten. Die Einstellungsintensität im Mittelstand war somit höher als in anderen Größenklassen.

Anteil befristeter Einstellungen so hoch wie nie zuvor

Der Anteil von Betrieben, die von befristeten Einstellungen Gebrauch machen, war auch im letzten Jahr mit 37 % sehr hoch (Westdeutschland ohne NRW: 35 %). Drei Viertel der Betriebe mit befristeten Einstellungen haben ausnahmslos befristet, das übrige Viertel hat sowohl befristet als auch unbefristet eingestellt. 63 % aller Betriebe mit Einstellungen haben ausnahmslos unbefristet eingestellt.

Erstmals lag der Anteil befristet eingestellter Personen über dem Anteil unbefristet Eingestellter. Zudem wurden mit 52 % deutlich mehr befristete Einstellungen vorgenommen als im Durchschnitt der übrigen westdeutschen Bundesländer (44 %) (vgl. Abbildung 7).

Abbildung 7: Entwicklung von Einstellungen nach der Dauer des vertraglich vereinbarten Arbeitsverhältnisses (jew. 1. Halbjahr)



Insbesondere Großbetriebe (250 und mehr Beschäftigte) haben noch stärker als im Vorjahr auf befristete Einstellungen gesetzt. 70 % aller im ersten Halbjahr 2009 eingestellten Arbeitskräfte erhielten lediglich einen befristeten Arbeitsvertrag (Vorjahr: 58 %). Mit sinkender Mitarbeiterzahl reduziert sich die Nutzung von Befristungen. Am geringsten ist die Befristungsquote bei Kleinstbetrieben (weniger als 10 Beschäftigte). Hier erhielten 4 von 5 eingestellten Arbeitskräften einen unbefristeten Arbeitsvertrag.

In den einzelnen Branchen wurde von der Möglichkeit befristeter Einstellungen ebenfalls in sehr unterschiedlichem Maße Gebrauch gemacht. Wie bereits im Vorjahr waren befristete Einstellungen im Gesundheits- und Sozialwesen, im Bereich Erziehung und Unterricht, im Bereich der Übrigen Dienstleistungen sowie im Bereich Organisationen ohne Erwerbszweck/Öffentliche Verwaltung überdurchschnittlich stark verbreitet. Mit Anteilen von 54 bis 70 % erhielt in den vier genannten Branchen die große Mehrheit der neu eingestellten Arbeitnehmer lediglich einen befristeten Arbeitsvertrag. Im Verarbeitenden Gewerbe

hatten befristete und unbefristete Einstellungen im ersten Halbjahr 2009 annähernd die gleiche Bedeutung.

3.2 Personalabgänge

In etwas mehr als jedem vierten Betrieb sind im ersten Halbjahr 2009 Beschäftigte ausgeschieden (27 %). Damit war der Anteil von Betrieben mit Personalabgängen im Krisenjahr nicht höher als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Allerdings sind deutlich mehr Personen ausgeschieden als im selben Zeitraum vor einem Jahr. Insgesamt schieden im beobachteten Zeitraum schätzungsweise 370 Tsd. Arbeitskräfte aus ihren Betrieben aus.

Auf die Unternehmensnahen Dienstleistungen (29 %), das Verarbeitende Gewerbe (16 %) sowie den Handel (14 %) entfielen zusammen knapp 60 % aller Abgänge im ersten Halbjahr 2009. In den beiden zuletzt genannten Branchen liegen ermittelten Anteile leicht unter den Anteilen dieser Branchen an den Beschäftigten. Die vergleichsweise hohe Zahl entspricht somit annähernd dem höheren Beschäftigungsgewicht dieser beiden Branchen. Der Anteil der Abgänge, der auf die Unternehmensnahen Dienstleistungen entfällt, ist dagegen doppelt so hoch wie deren Anteil an den Beschäftigten.

Personalumschlag im Bereich der Unternehmensnahen Dienstleistungen so hoch wie in keiner anderen Branche

Insgesamt wurden in keiner anderen Branche so viele Personen neu eingestellt und verließen so viele Personen ihre Betriebe wie im Bereich der Unternehmensnahen Dienstleistungen.⁴ Da sich Zu- und Abgänge im ersten Halbjahr 2009 jedoch annähernd die Waage hielten, hatte der vergleichsweise hohe Personalumschlag keine Beschäftigungseffekte, blieb der Beschäftigtenbestand nahezu unverändert.⁵

Ähnlich wie im Bereich der Unternehmensnahen Dienstleistungen, aber bei deutlich geringerer Beschäftigungsdynamik, führten die im ersten Halbjahr vollzogenen Zu- und Abgänge auch in anderen Branchen zu keinen nennenswerten Änderungen des Beschäftigtenbestandes. Eine Ausnahme bilden lediglich das Verarbeitende Gewerbe sowie die Übrigen Dienstleistungen und das Gesundheits- und Sozialwesen. Im Verarbeitenden Gewerbe war die Zahl der Abgänge rund dreimal so hoch wie die der Zugänge. Im Ergebnis wurden zahlreiche Arbeitsplätze abgebaut. Die Befunde der Befragung deuten darauf hin, dass der größte Teil des zwischen dem 30.6.2008 und dem 30.6.2009 erfolgten Beschäftigungsrückgangs auf die Personalbewegungen des ersten Halbjahres 2009 zurückzuführen ist. Dagegen übertrafen im Bereich der Übrigen Dienstleistungen sowie im Gesundheits- und Sozialwesen die Zugänge im ersten Halbjahr 2009 die im gleichem Zeitraum erfolgten Abgänge.

Wechselbereitschaft der Beschäftigten deutlich gesunken

Ein sinkender Bedarf der Betriebe an Arbeitskräften und in der Folge eine schrumpfende Zahl von Stellenangeboten verringern die Neigung beschäftigter Arbeitnehmer, den Betrieb zu wechseln. Anders als im Vorjahr waren Kündigungen seitens der Arbeitnehmer daher nur noch in 25 % aller Fälle die Ursache für erfolgte Personalabgänge (2008: 36 %). Dagegen stehen Kündigungen seitens des Betriebes mit einem Anteil von 27 % an allen Abgängen nunmehr an erster Stelle der Gründe für erfolgte Personalabgänge. Weitere rund 22 % der Personalabgänge waren durch das Auslaufen zeitlich befristeter Verträge verursacht (2008: 16 %). Die drei genannten Gründe erklären fast drei Viertel aller Personalabgänge. In den übrigen Fällen spielten andere Ursachen eine Rolle wie z. B. al-

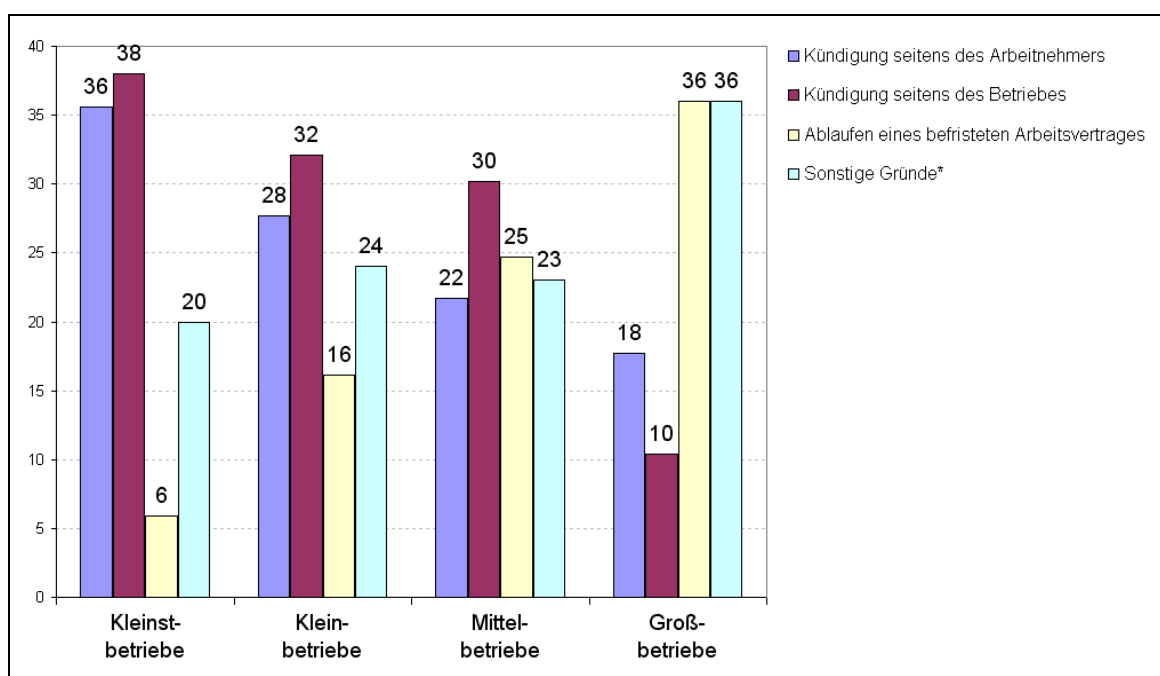
⁴ Eine Rolle hierfür dürfte auch der Tatsache geschuldet sein, dass Betriebe aus dem Bereich der Arbeitnehmerüberlassung besonders sensibel auf Nachfrageschwankungen reagieren. Betriebe aus diesem Bereich werden statistisch den Unternehmensnahen Dienstleistungen zugeordnet.

⁵ Die im Zeitraum vom 30.6.2008 bis 30.6.2009 weiter vorne konstatierten Verluste resultieren daher aus der zweiten Hälfte des Jahres 2008.

tersbedingtes Ausscheiden infolge des Erreichens des Rentenalters (8 %), einvernehmliche Aufhebung (4 %) oder Abgänge nach Abschluss der betrieblichen Ausbildung (4 %).

Die Bedeutung der einzelnen Abgangsgründe variiert wesentlich mit der Größe der Betriebe. Dies zeigt sich in besonderem Maße bei Kündigungen und dem Auslaufen befristeter Arbeitsverträge. Personalabgänge infolge von Kündigungen, egal ob arbeitgeber- oder arbeitnehmerseitig, waren in größeren Betrieben deutlich seltener zu beobachten als in kleinen und mittelständischen Betrieben. Lediglich 28 % aller im untersuchten Zeitraum aus Großbetrieben ausgeschiedenen Arbeitskräfte haben selbst oder wurden vom Arbeitgeber gekündigt. Besonders auffällig ist der vergleichsweise geringe Anteil arbeitgeberseitiger Kündigungen an allen Personalabgängen, der in Großbetrieben mit 10 % weniger als halb so hoch ausfällt wie im Durchschnitt NRWs. Von außerordentlich hoher Bedeutung ist in Großbetrieben dagegen das Auslaufen von zeitlich befristeten Arbeitsverträgen. Mit 36 % ist die Bedeutung dieses Abgangsgrundes nochmals deutlich gestiegen. Damit wurden in Großbetrieben fast viermal so viele Beschäftigungsverhältnisse infolge des Auslaufens eines zeitlich befristeten Arbeitsvertrages beendet wie durch Kündigung seitens des Arbeitgebers (vgl. Abbildung 8).

Abbildung 8: Gründe für Personalabgänge nach Betriebsgrößenklassen



* Sonstige Gründe = Abgänge nach betrieblicher Ausbildung, Berufs-/Erwerbsunfähigkeit, Einvernehmliche Aufhebung, Ruhestand, Versetzung in einen anderen Betrieb des Unternehmens, Weitere, nicht näher spezifizierte Gründe.

4 Einsatz von Kurzarbeit in der Krise

4.1 Verbreitung von Kurzarbeit

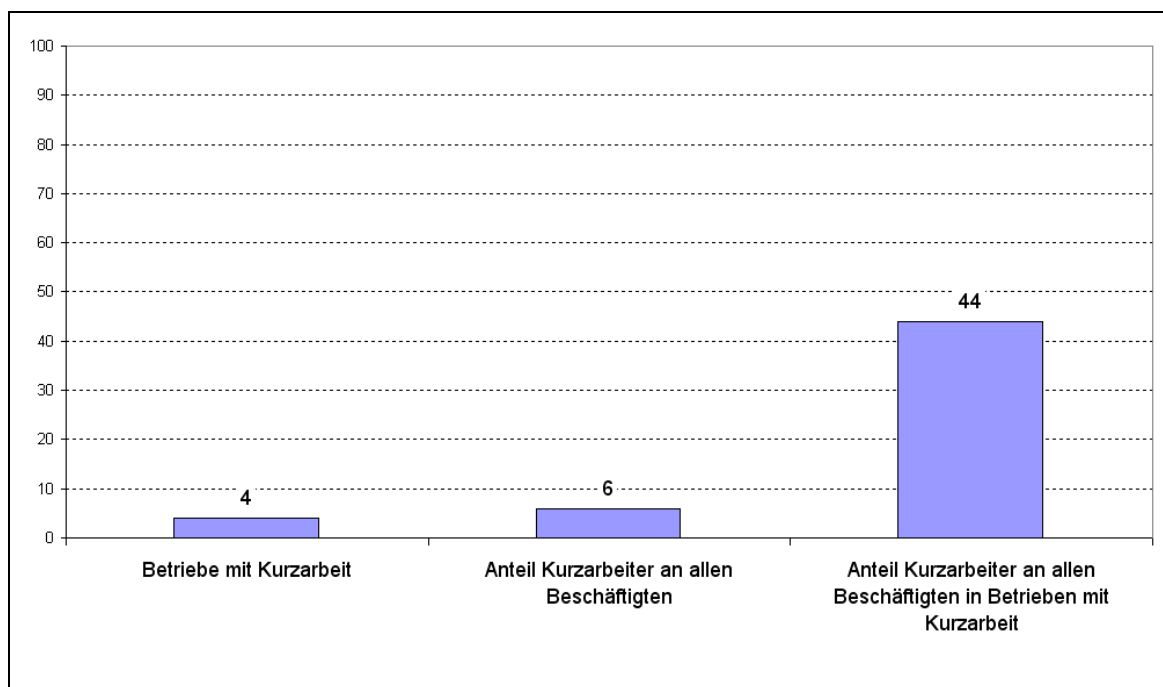
Einbrüche der Nachfrage und sinkende Umsätze führen bei stabilem Personalbestand zu einer Unterauslastung. Ein Anhalten dieser Situation erhöht die Kostenbelastung und birgt das Risiko von Entlassungen. Schon vor 2009 gab es deutliche Anzeichen für ein Einbrechen der Nachfrage auf den Gütermärkten. Nach den Ergebnissen des IAB-Betriebspanels hätten bereits im Jahr 2008 mehr als zwei Drittel (69 %) der nordrhein-westfälischen Betriebe mit dem vorhandenen Personal mehr Umsatz erwirtschaften können. Der Anteil von Betrieben mit unausgelasteten Kapazitäten war damit in NRW höher als in den übrigen westdeutschen Bundesländern (63 %).

Eine Möglichkeit für Arbeitgeber, schnell auf einen vorübergehenden, erheblichen Arbeitsausfall infolge negativer Entwicklungen der Nachfrage zu reagieren, ohne Teile der Beschäftigten entlassen zu müssen, besteht in der Reduzierung der Regelarbeitszeit. Die sich daraus für die betroffenen Beschäftigten ergebenden Einkommenseinbußen können teilweise von der Bundesagentur für Arbeit durch das Kurzarbeitergeld ausgeglichen werden. Um trotz der Krise Entlassungen zu vermeiden und Arbeitsplätze zu sichern, wurden Zugangsvoraussetzungen vereinfacht und die Förderung verstärkt. Dadurch werden die Anreize erhöht, gut ausgebildete und eingearbeitete Fachkräfte zu halten. Die Nutzung von Kurzarbeit ist somit zwar ein deutliches Zeichen für eine schwierige betriebliche Situation, signalisiert aber zugleich, dass mittelfristig mit einer besseren Auftragslage gerechnet wird und Betriebe daher versuchen, Entlassungen zu vermeiden.

Kurzarbeit insgesamt wenig verbreitet

Trotz der größten Krise in der Nachkriegsgeschichte ist Kurzarbeit insgesamt betrachtet relativ wenig verbreitet: Lediglich in rund 4 % aller nordrhein-westfälischen Betriebe gab es – bezogen auf das erste Halbjahr 2009 – Kurzarbeit (Westdeutschland ohne NRW: 5 %) (vgl. Abbildung 9).

Abbildung 9: Betriebe und Beschäftigte mit Kurzarbeit im 1. Halbjahr 2009



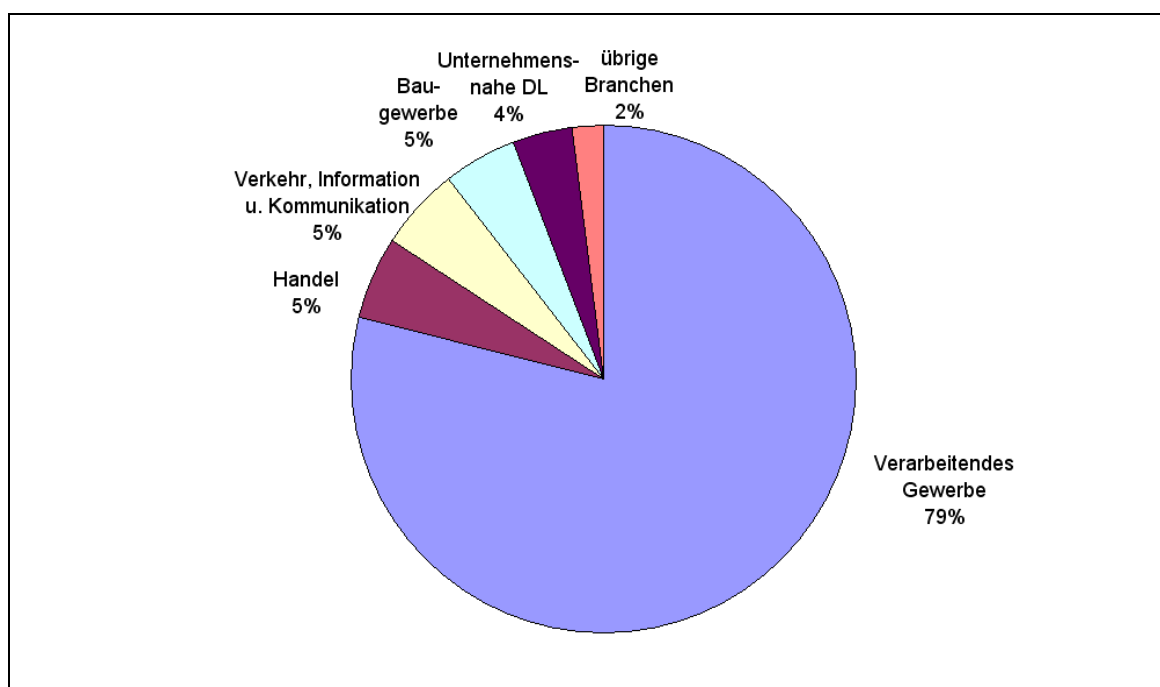
Im ersten Halbjahr waren schätzungsweise 450 Tsd. Beschäftigte in Kurzarbeit. Das sind ca. 6 % aller Beschäftigten in NRW (Westdeutschland ohne NRW: 7 %). Somit sind von Kurzarbeit zwar nur vergleichsweise wenige Betriebe und Beschäftigte betroffen. In den betroffenen Betrieben ist das Ausmaß der erfassten Beschäftigten jedoch erheblich: So betrug in Betrieben mit Kurzarbeit der Anteil der kurzarbeitenden Beschäftigten an allen Beschäftigten 44 %.

Fast 80 % aller Kurzarbeiter aus dem Verarbeitenden Gewerbe

Kurzarbeit in größerem Umfang spielt im Prinzip nur im Verarbeitenden Gewerbe eine Rolle. Dort ist der Anteil von Betrieben mit Kurzarbeit fast fünfmal, der Anteil kurzarbeitender Beschäftigter rund viermal so groß wie im Durchschnitt NRWs. In keiner anderen Branche wird Kurzarbeit damit auch nur annähernd so stark eingesetzt wie im Verarbeitenden Gewerbe. Insgesamt war in den betroffenen Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes rund jeder zweite Beschäftigte in Kurzarbeit. Das Verarbeitende Gewerbe stellt 21

% aller Beschäftigten in Nordrhein-Westfalen, aber 79 % aller Kurzarbeiter, was die überdurchschnittlich hohe Krisenbetroffenheit dieser Branche ebenfalls nachdrücklich unterstreicht (vgl. Abbildung 10).

Abbildung 10: Verteilung der Kurzarbeiter im 1. Halbjahr 2009



Großbetriebe – Hauptnutzer von Kurzarbeit

Förderrechtlich hängen die Einführung von Kurzarbeit sowie der Anspruch auf Kurzarbeitergeld weder von der Betriebsgröße noch von der Branche ab. Kurzarbeit kann in jedem Betrieb mit mindestens einem sozialversicherungspflichtig Beschäftigten eingeführt werden. Umso erstaunlicher ist der ausgeprägte Größenklasseneffekt. So ist Kurzarbeit in größeren Betrieben deutlich stärker verbreitet als in kleineren Betrieben. Mit 18 % ist der Anteil kurzarbeitender Großbetriebe sechsmal so groß wie in Kleinstbetrieben, der Anteil kurzarbeitender Beschäftigter fünfmal so groß wie in Kleinstbetrieben. Von allen Kurzarbeitern entfallen 5 % auf Kleinstbetriebe, 16 % auf Kleinbetriebe, 33 % auf mittelgroße Betriebe und 46 % auf Großbetriebe. Größere Betriebe nutzten Kurzarbeit also deutlich häufiger als kleinere Betriebe.

Dieser Größenklasseneffekt kann unterschiedliche Ursachen und Gründe haben. Zum einen fällt es größeren Betrieben i.d.R. leichter, Kurzarbeit einzusetzen und ihr Arbeitsvolumen der gesunkenen Nachfrage anzupassen. Zum anderen sind größere Betriebe vor allem im Verarbeitenden Gewerbe zu finden und diese sind wegen ihrer meistens ausgeprägten Exportorientierung stärker von der Wirtschafts- und Finanzkrise betroffen als kleinere, eher binnenorientierte Betriebe.

Wenngleich Betriebe der einzelnen Größenklassen in unterschiedlichem Maße von der Krise betroffen sind – sofern man diese an der Inanspruchnahme von Kurzarbeit misst –, ist das Ausmaß der Kurzarbeit in den betroffenen Betrieben ähnlich hoch. In allen Betriebsgrößenklassen liegt der Anteil der Kurzarbeiter an den Beschäftigten zwischen 41 und 49 %. Wenn ein Betrieb also Kurzarbeit nutzt, war die innerbetriebliche Betroffenheit im Durchschnitt ähnlich stark ausgeprägt.

Kurzarbeit – Vermeidung oder lediglich Verzögerung von Personalabbau?

Ob Kurzarbeit dazu beitragen kann, Beschäftigung nachhaltig zu sichern, hängt nicht unwesentlich davon ab, wie lange die zu überbrückende Krise dauert. Dies entscheidet

darüber, ob Arbeitsplätze dauerhaft erhalten bleiben oder deren Abbau letztlich nur hinausgezögert wird. Nach Angaben des IAB-Betriebspanels befürchteten 22 % der im ersten Halbjahr 2009 kurzarbeitenden Betriebe, dass trotz des Einsatzes von Kurzarbeit mittelfristig Arbeitsplätze abgebaut werden müssen. Immerhin 42 % aller Betriebe mit Kurzarbeit gingen davon aus, den aktuellen Beschäftigtenbestand halten zu können. Die übrigen Betriebe konnten zum Zeitpunkt der Befragung im 3. Quartal 2009 noch nicht sagen, in welche Richtung sich die Beschäftigung in ihren Betrieben entwickeln wird.

Eine Differenzierung der Befunde nach der Größenklasse der betroffenen Betriebe zeigt, dass die Sorge vor Personalabbau trotz Kurzarbeit mit steigender Betriebsgröße zunimmt. Mit einem Anteil von 13 bzw. 21 % liegen Klein- und Kleinstbetriebe unter, mittelgroße Betriebe und Großbetriebe mit 30 bzw. 62 % deutlich über dem Durchschnitt in Höhe von 22 %. Diese Ergebnisse deuten daraufhin, dass der Einsatz von Kurzarbeit insbesondere in kleineren Betrieben dazu beitragen kann, Personalabbau zu vermeiden. Demgegenüber kann nicht ausgeschlossen werden, dass Kurzarbeit in vielen größeren Betrieben personalpolitische Anpassungsprozesse lediglich aufschiebt.

4.2 Kurzarbeit und Qualifizierung

Nach einem Beschluss der Bundesregierung können Weiterbildungen während der Kurzarbeit gefördert werden. Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit gibt es grundsätzlich zwei Fördermöglichkeiten: Eine für gering Qualifizierte ohne Berufsabschluss sowie für Mitarbeiter, die in einem Beruf tätig sind, für den sie keine Ausbildung haben, und eine weitere für alle anderen Arbeitnehmer. Mit der Förderung von Qualifizierung während der Kurzarbeit sollen Betriebe darin unterstützt werden, die konjunkturelle Krise für die berufliche Weiterbildung zu nutzen. Ein wesentlicher Anreiz dafür ist die Übernahme der Sozialversicherungsbeiträge, wenn während der Kurzarbeit Qualifizierungsmaßnahmen stattfinden. Zudem beteiligt sich die Bundesagentur für Arbeit an den Weiterbildungskosten während der Zeiten von Kurzarbeit. Die Höhe der Zuschüsse hängt ab von der Art der Qualifizierung, der Betriebsgröße und der Personengruppe.

Qualifizierung für Kurzarbeiter massiv gefördert, doch nur wenige machen davon Gebrauch

Trotz der vorhandenen Fördermöglichkeiten haben im ersten Halbjahr 2009 lediglich 15 % aller Betriebe, die in diesem Zeitraum Kurzarbeiter hatten, Maßnahmen zur beruflichen Orientierung oder Weiterbildung durchgeführt. Dieser Anteil liegt zwar etwas über dem Durchschnittswert der übrigen westdeutschen Bundesländer (13 %), kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass insgesamt nur wenige Betriebe von den gebotenen Möglichkeiten Gebrauch machten. Dies zeigt sich auch auf der Beschäftigtenebene. Nur ca. 40 Tsd. Beschäftigte haben eine Qualifizierung während der Kurzarbeit absolviert. Das ist gemessen an der Zahl der Kurzarbeiter in NRW verschwindend gering. Mit 9 % ist der Anteil von Kurzarbeitern mit Qualifizierung an allen Kurzarbeitern in NRW geringfügig höher als im Durchschnitt der übrigen westdeutschen Bundesländer (8 %). Von der Möglichkeit zur Qualifizierung im Rahmen von Kurzarbeit wurde somit bisher wenig Gebrauch gemacht. Ein Grund für die insgesamt sehr geringe Nutzung könnte sein, dass aus unternehmerischer Sicht Kurzarbeit vorrangig der Abfederung der konjunkturell bedingten Ausfälle dient, die Fortbildung der Beschäftigten in dieser Situation dagegen als weniger relevant erachtet wird. Die vergleichsweise geringen Weiterbildungsbemühungen der Betriebe dürften auch dahingehend zu interpretieren sein, dass es möglicherweise nicht ganz unproblematisch sein dürfte, Qualifizierungen in der Kurzarbeit schnell und bedarfsgerecht zu organisieren.

Es waren vor allem größere Betriebe, die Kurzarbeit für Qualifizierungen nutzten; bei kleineren Betrieben war dies eher selten. So führte lediglich einer von 10 kurzarbeitenden Kleinstbetrieben entsprechende Qualifizierungen durch, aber jeder zweite Großbetrieb. Eine Erklärung hierfür könnte sein, dass größere Betriebe oftmals über interne Qualifizie-

rungsmöglichkeiten verfügen. Aufgrund der formaler ausgebauten Personalabteilungen haben Großbetriebe zudem einen qualifizierteren Zugang zu externen Qualifizierungsangeboten als kleinere Betriebe. Für letztere stellt sich Förderung häufig recht unübersichtlich und kompliziert dar, was eine breitere Nutzung gegebener Möglichkeiten vermutlich erschwert.

Wenngleich deutlich mehr Großbetriebe Kurzarbeit für Qualifizierungen nutzten, werden auch in diesen Betrieben letztlich nur eine Minderheit von betroffenen Beschäftigten erreicht. Mit 14 % ist der Anteil von Kurzarbeitern mit Qualifizierung an allen Kurzarbeitern zwar doppelt so hoch wie bei Kleinbetrieben. Qualifizierungen beschränken sich jedoch letztlich in jeder Größenklasse auf eine äußerst kleine Gruppe von Beschäftigten.

5 Exportorientierung

Die in den letzten Jahren anhaltend positive Entwicklung, insbesondere im Bereich des Verarbeitenden Gewerbes, verdankte sich in hohem Maße der überdurchschnittlich hohen Nachfrage nach Industrieprodukten aus dem Ausland. Ein beachtlicher Teil der Beschäftigungserfolge der zurückliegenden Jahre resultierte somit aus der starken Einbindung der Wirtschaft in die internationale Arbeitsteilung.

Die durchschnittliche Exportquote für NRW, die den Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz misst, beträgt rund 21 %. Damit sind die Betriebe NRWs stärker in den Export eingebunden und stärker von Entwicklungen auf den internationalen Absatzmärkten abhängig als Betriebe im übrigen Bundesgebiet (Deutschland: 19 %).

In den Export eingebunden sind rund 13 % der Betriebe, wobei der Anteil überregional ausgerichteter Betriebe mit steigender Betriebsgröße wächst.⁶ Insgesamt weisen Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes in nahezu allen Betriebsgrößenklassen deutlich höhere Anteile exportierender Betriebe auf als im Durchschnitt. Mehr als jeder 4. nordrhein-westfälische Industriebetrieb (29 %) exportiert; 40 % des gesamten Umsatzes im Verarbeitenden Gewerbe gehen ins Ausland.

Exportbetriebe mit Chancen und Risiken

Die Kopplung an die internationale Entwicklung eröffnet Chancen, birgt allerdings auch das Risiko, von den negativen Auswirkungen der weltweiten Krise stärker getroffen zu werden, als jene Betriebe, die ihre Güter und Dienstleistungen ausschließlich für den Binnenmarkt produzieren. Diese Befürchtungen haben sich für das Jahr 2009 bestätigt. Exportierende Betriebe mussten auf eine deutlich ungünstigere Beschäftigungsentwicklung zurückblicken.

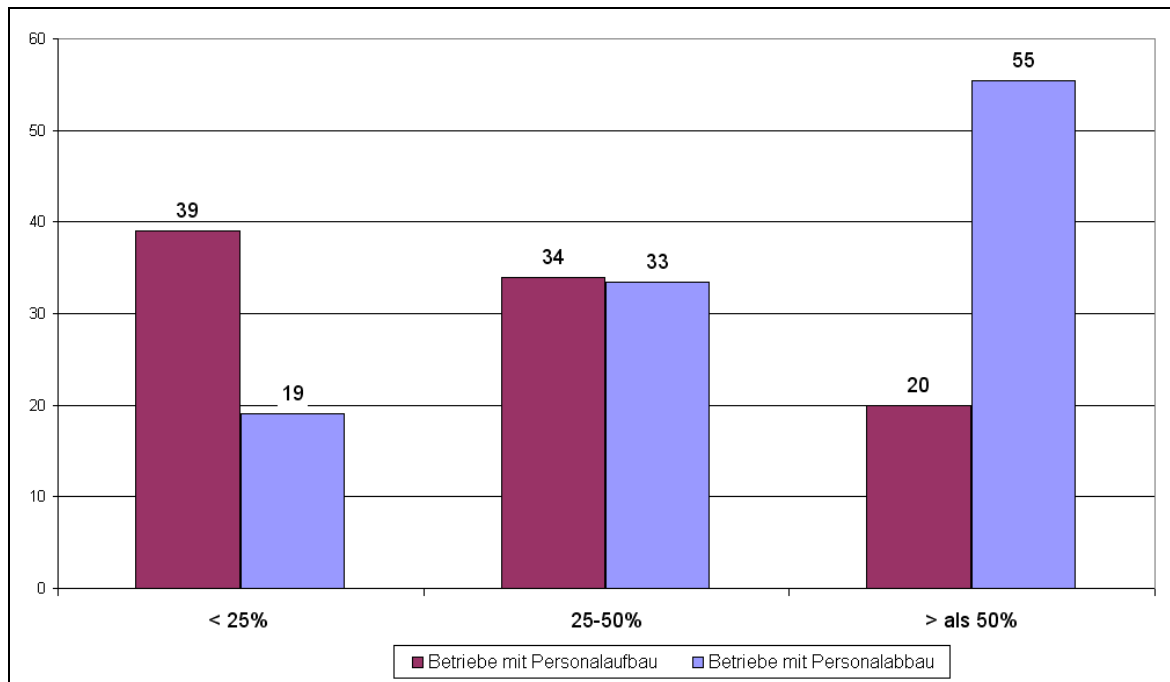
Wie der Vergleich exportierender und nicht exportierender Betriebe zeigt, wiesen erstere eine deutlich schwankendere Beschäftigungsentwicklung auf als letztere. Mit 36 % fiel der Anteil von Betrieben mit stabiler Beschäftigung deutlich geringer aus als in der Gruppe nicht exportierender Betriebe (53 %). Demgegenüber übertrafen exportierende Betriebe die Anteile nicht exportierender Betriebe sowohl bei wachsenden (35 % vs 25 %) als auch bei schrumpfenden Betrieben (29 % vs. 22 %).

Ob Exportbetriebe eher Beschäftigung auf- oder abbauen, hängt in erster Linie mit dem Ausmaß der Eingebundenheit in die internationale Arbeitsteilung zusammen. In NRW erwirtschafteten rund 18 % der exportierenden Betriebe mehr als die Hälfte ihres Umsatzes im Ausland. Im übrigen Bundesgebiet trifft dies nur für 14 % der Betriebe zu. Betriebe mit solch hohen Exportanteilen waren von der Krise in besonders hohem Maße betroffen. So mussten mehr als die Hälfte aller Betriebe mit einem Exportanteil von über 50 % Personal abbauen, aber nur 19 % der Betriebe mit geringer Exportorientierung. Umgekehrt konnten 39 % aller Exportbetriebe mit einem Exportanteil von unter 25 % ihren Beschäftigtenbe-

⁶ Als „Exportbetriebe“ werden hier alle Betriebe mit mindestens einem Prozent Auslandsumsatz definiert.

stand ausbauen, aber nur 20 % aller Exportbetriebe mit einem hohen Exportanteil (vgl. Abbildung 11).

Abbildung 11: Exportorientierung und Beschäftigungsentwicklung vom 30.6.2008 bis 30.6.2009



Wie die Befunde zeigten, war die Orientierung des Absatzes auf internationale Märkte nicht zwangsläufig mit negativen Folgen für Beschäftigung verbunden. Dennoch wurde deutlich, dass die Krise vor allem bei überdurchschnittlich starker Exportorientierung häufiger Personalabbau nach sich zog, als bei weniger stark exportorientierten Betrieben.

6 Kreditklemme

In öffentlichen Diskussionen wird zunehmend die grundlegende Befürchtung zum Ausdruck gebracht, dass Betriebe in Folge der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise erforderliche Kredite zur Finanzierung geplanter Investitionen nicht oder nur mit großen Schwierigkeiten erhalten würden. Die durch die Krise ausgelöste „Kreditklemme“ verhindere notwendige Investitionen, was sich in der Folge negativ auf Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigungschancen auswirken könne. Einzelne Stimmen warnen sogar davor, dass die Kreditpraxis der Banken die Existenz vieler kleiner und mittelständischer Unternehmen bedrohen könnte, wenn Kredite gekündigt, Kreditlinien gekürzt, Liquiditätserfordernisse und geplante Investitionen nicht mehr oder nur noch extrem teuer und vielfach besichert finanziert würden.

Investitionsneigung auch im Krisenjahr hoch: Mehrheit der Betriebe investierte wie ursprünglich geplant

Für das Geschäftsjahr 2009 hatten rund zwei Drittel aller Betriebe in NRW Investitionen vorgesehen. Lediglich 35 % der Betriebe wollten in 2009 nicht investieren. Die große Mehrheit der Betriebe in NRW hatte somit auch im Krisenjahr die Absicht zu investieren.

Insgesamt konnten rund 8 von 10 Betrieben (83 %) ihre Investitionen trotz der Krise wie geplant realisieren. Demgegenüber mussten 17 % der Betriebe ihre Investitionsvorhaben im Vergleich zu den ursprünglichen Planungen verändern. Trotz der Krise musste somit

lediglich eine Minderheit von Betrieben ursprüngliche Investitionsplanungen korrigieren. Die große Mehrheit der Betriebe in NRW investierte somit auch im Jahr 2009 wie ursprünglich geplant. Fast zwei Drittel der Betriebe (63 %), die ihre ursprünglichen Investitionspläne revidieren mussten, verringerten die geplanten Investitionen oder stellten diese komplett zurück.

Von Veränderungen ihrer Investitionspläne waren größere Betriebe in stärkerem Maße betroffen als kleinere. So mussten lediglich 15 % aller Betriebe mit weniger als 10 Beschäftigten geplante Investitionen verringern oder zurückstellen, aber 35 % aller Betriebe mit mindestens 250 Beschäftigten (Kleinbetriebe: 22 %, Mittelbetriebe: 21 %). Die überdurchschnittlich starke Krisenbetroffenheit des Verarbeitenden Gewerbes ließ erwarten, dass hier besonders viele Investitionen verringert oder zurückgestellt werden mussten. Überraschenderweise war der Anteil von Betrieben mit Veränderungen hier nicht höher als im Durchschnitt. Mehr als zwei Drittel (68 %) aller Betriebe des Verarbeitenden planten für 2009 Investitionen. Lediglich 15 % dieser Betriebe mussten ihre ursprünglichen Investitionspläne ändern.

Jeder 6. Betrieb verschiebt Investitionen wegen Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Fremdkapital

Vor dem Hintergrund der oben skizzierten Diskussion stellt sich die Frage, in welchem Maße Probleme bei der Kreditvergabe eine Rolle spielen für die vollzogenen Änderungen der Investitionspläne. Hierfür wäre zunächst zu ermitteln, wie viele Betriebe mit Investitionsplänen überhaupt beabsichtigten, diese mit Krediten finanzieren. Frühere Befunde des IAB-Betriebspanels für das Jahr 2007 zeigen, dass rund ein Viertel (27 %) der investitionsbereiten Betriebe Kredite aufnahm, um die geplanten Investitionsvorhaben zu finanzieren. Bei Kleinst- und Kleinbetrieben lag der Anteil etwas über, bei mittleren und größeren etwas unter diesem Durchschnittswert. Damals gaben rund 6 % dieser Betriebe an, mit Problemen bei der Beschaffung von Fremdkapital konfrontiert gewesen zu sein, welche letztlich die geplanten Investitionen verzögert bzw. deren Ausmaß verringert hatten.

Der Vergleich der früheren mit den aktuellen Zahlen deutet auf gewachsene Probleme bei der Beschaffung von Fremdkapital hin. So wurden die aktuellen Veränderungen von 17 % der Betriebe auf Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Fremdkapital zurückgeführt. Damit musste jeder 6. Betrieb seine ursprünglich für 2009 geplanten Investitionen verringern oder sogar komplett verschieben, weil Kreditverträge abgelehnt oder vorgesehene Kreditvolumina verringert wurden. Wenngleich damit deutlich mehr Betriebe als in vergangenen Jahren mit Problemen konfrontiert wurden, handelt es sich doch insgesamt um eine relativ kleine Gruppe von Betrieben.

Die Befunde der aktuellen Befragung sprechen eher gegen die Vermutung einer flächendeckenden Kreditklemme. Es stellt sich allerdings die Frage, unter welchen Bedingungen die im aktuellen und nächsten Geschäftsjahr geplanten Investitionen finanziert werden können. Aufgrund der massiven Umsatzeinbrüche im letzten Jahr dürften die Jahresabschlüsse der Betriebe in vielen Fällen Verluste aufweisen. Dies verschlechtert ihre Bonität und könnte dazu führen, dass Banken bei der Vergabe von Krediten mehr Eigenkapitalunterlegung verlangen. Im Ergebnis dürfte es für mehr Betriebe als bisher schwieriger werden, Fremdkapital zur Finanzierung ihrer Investitionen zu beschaffen. Beschränkt sich die Kreditklemme bislang auf noch relativ wenige Betriebe, ist nicht auszuschließen, dass sich der Kreis der betroffenen Betriebe ausweitet.

7 Zusammenfassung

Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise war trotz der vergleichsweise starken Exportausrichtung der nordrhein-westfälischen Wirtschaft am Arbeitsmarkt bislang kaum zu spüren. Weder ist die Arbeitslosigkeit dramatisch angestiegen, noch ist das Beschäftigungsniveau nennenswert eingebrochen. Vielen Betrieben ist es gelungen, ihr Personal trotz dramati-

scher Umsatzeinbrüche zu halten. Zahlreiche Betriebe haben auch in der Krise neue Arbeitsplätze geschaffen. Als vergleichsweise krisensicher hat sich vor allem der Bereich personennaher Dienstleistungen wie z.B. das Gesundheits- und Sozialwesen erwiesen. Wenngleich auch in der Krise eingestellt wurde, ist ein immer größer werdender Anteil neuer Beschäftigungsangebote mit wachsenden Flexibilitätsanforderungen für die betroffenen Arbeitnehmer verbunden. Erstmals gab es mehr befristete als unbefristete Einstellungen. Dieser Anstieg mag mit der Krise und den damit verbundenen Unsicherheiten hinsichtlich der weiteren Entwicklung des Arbeitskräftebedarfs zusammenhängen, setzt jedoch eine Entwicklung fort, die bereits vor der Krise einsetzte.

Dass der Arbeitsmarkt bislang verhaltener auf die Krise reagierte als prognostiziert, dürfte auch in der Nutzung von Kurzarbeit liegen. Wenngleich nur von einer Minderheit genutzt, war dieses Instrument nicht ohne Bedeutung für das stark exportabhängige Verarbeitende Gewerbe. Zusammen mit dem Abbau von Überstunden und dem Abschmelzen angesammelter Plusstunden auf Arbeitszeitkonten hat sie vermutlich wesentlich dazu beigetragen, dass befürchtete Personalanpassungsprozesse in größerem Umfang bislang verhindert oder zumindest hinausgezögert werden konnten. Trotz massiver Förderangebote wurde der Arbeitsausfall allerdings nur selten genutzt, um kurzarbeitende Beschäftigte zu qualifizieren.

Ob sich mit der allmählichen Verbesserung der wirtschaftlichen Situation das Augenmerk künftig eher auf Fragen der Finanzierung richten wird, hängt in entscheidendem Maße von der Entwicklung der Kreditkonditionen ab. Die vorliegenden Befunde deuten daraufhin hin, dass Befürchtungen, es könnte angesichts der Finanzmarktkrise zu einer flächendeckenden Kreditklemme kommen, unberechtigt sind. Dies schließt allerdings nicht aus, dass sich die Vergabe von Krediten künftig noch stärker am Risiko orientieren wird und die Zahl der Betriebe mit Problemen steigen wird.

Herausgeber:
Ministerium für Arbeit, Gesundheit und
Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen
Fürstenwall 25
40219 Düsseldorf
Telefax 0211-855-3211
www.mags.nrw.de
info@mail.mags.nrw.de

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit
Genehmigung des Herausgebers.


Druck: Hausdruck

Düsseldorf, April 2010

Diese Druckschrift wird im Rahmen der
Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Nordrhein-
Westfalen herausgegeben. Sie darf weder von Parteien
noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines
Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet
werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und
Kommunalwahlen sowie auch für die Wahl der
Mitglieder des Europäischen Parlaments.

Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf
Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der
Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben
parteipolitischer Informationen oder Werbemittel.
Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum
Zwecke der Wahlwerbung. Eine Verwendung dieser
Druckschrift durch Parteien oder sie unterstützende
Organisationen ausschließlich zur Unterrichtung ihrer
eigenen Mitglieder bleibt hiervon unberührt.

Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in
welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger
zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu
einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise
verwendet werden, die als Parteinahme der
Landesregierung zugunsten einzelner Gruppen
verstanden werden könnte.



Ministerium für Arbeit,
Gesundheit und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen

Fürstenwall 25, 40219 Düsseldorf
Fax 0211 855-3211
info@mags.nrw.de
www.mags.nrw.de